

# Wer wagt es gegen Keller-Sutter?

**Frauenticket** Nachdem auch Carmen Walker-Späh absagt, gehen FDP die Kandidatinnen aus

VON HENRY HABEGGER

Die Sache ist verwickelt. Da macht die FDP Schweiz erstmals in ihrer Geschichte überhaupt einige Anstalten, bei einer Bundesratsersatzwahl nur Frauen aufzustellen. Dass eine Frau Nachfolgerin des per Ende Jahr abtretenden Johann Schneider-Ammann (66) werden soll, gilt als ausgemacht. «Es ist Zeit für eine Frau», sagte denn auch Parteipräsidentin Petra Gössi dieser Tage.

Aber eine Woche nach der Rücktrittsankündigung des Berners Wirtschaftsminister ist das Gegenteil von dem passiert, was erwartet werden konnte: Vom grossen freisinnigen Frauenaufbruch fehlt bisher jede Spur. Es ist nicht so, dass sich Frauen begeistert für das hohe Amt melden. Nein: Der Partei kommen mögliche Kandidatinnen eine nach der anderen abhandeln.

## Gesucht: Frau Winkelried

Christa Markwalder, Berner Nationalrätin, winkt ab. Daniela Schneeberger, Baselbieter Nationalrätin, hat abgesagt. Petra Gössi, Parteipräsidentin, hat erklärt, dass sie nicht zur Verfügung steht.

Und gestern nimmt sich auch Carmen Walker Späh, Zürcher Regierungsrätin, via Facebook aus dem Rennen. Sie sei «mit grossem Engagement und Herzblut Zürcher Volkswirtschaftsdirektorin».

Wie gesetzt für die Nachfolge von Schneider-Ammann ist zwar die erfahrene St. Galler Ständerätin Karin Keller-Sutter. Dass die ehemalige Regierungsrätin das Rüstzeug und das Format für das hohe Amt hat, ist von links bis rechts unbestritten. Aber auch Keller-Sutter hat bisher noch nicht zugesagt.

In der öffentlichen Wahrnehmung überträgt KKS - wie sie kurz genannt wird - die anderen Kandidatinnen deutlich. Das wird jetzt zum Problem. Denn die Aussicht, neben der haus-

hohen Favoritin gleichsam chancenlos anzutreten, löst keine Begeisterungstürme aus. Auch FDP-Frauenpräsidentin Doris Fiala sagt, «eine weitere Frauenkandidatur wäre fast als Winkelried-Aktion zu sehen».

Zwar möchte die Partei die Diskussionen um mögliche Kandidatinnen möglichst lange offen halten. Das sorgt für Aufmerksamkeit und mediale Beachtung. «Das Problem ist nur, wie man da wieder herauskommt», sagt eine FDP-Politikerin. Will heissen, wie frau dann dem Publikum ohne Imageschaden erklärt, warum frau jetzt doch nicht antritt. Da halten sich einige lieber gleich von Anfang an heraus.

Frauenchefin Fiala hofft weiter, «am Schluss mehr als eine Kandidatin präsentieren zu können», wie sie sagt.

Wohl bleiben noch einige Verwegene. Regine Sauter, Zürcher Nationalrätin etwa. Fiala hofft auch, dass Markwalder doch noch zusagt. Es gibt in den Kantonen auch noch die eine oder andere freisinnige Regierungsrätin, welche ins Rennen steigen könnten.

Inzwischen steigen aber still

## «Eine weitere Frauenkandidatur wäre fast als Winkelried-Aktion zu sehen.»

Doris Fiala Präsidentin  
FDP-Frauen und  
Zürcher Nationalrätin

Kronfavoritin  
Karin Keller-Sutter (M.) und  
lauter Absagen:  
Carmen Walker  
Späh, Daniela  
Schneeberger,  
Christa Markwalder und Petra  
Gössi (von links).

FOTOS: SEVERIN BIGLER,  
KEYSTONE, REUTERS

und heimlich die Aktien der Männer. Findet sich nicht eine Frau Winkelried, so landet auf dem FDP-Ticket mindestens ein männlicher Bewerber. Ist dieser Mann etwa der im rechten Ratsspektrum wohl gelittene Bündner Ständerat Martin Schmid, dann wird es eng für Keller-Sutter. «Ich hoffe nicht, dass es soweit kommt», sagt Fiala. Nicht, weil sie Schmid nicht schätze. «Sondern weil es unbestritten wohl wirklich Zeit für eine Frau ist. Und ich weiss nicht, ob Karin Keller-Sutter unter diesen Umständen überhaupt antreten würde.»

Sollte sich keine Frau mehr finden, so wäre immer noch Karin Keller-Sutter als Einervorschlag denkbar. «Ich würde sie zwar überzeugt in einem Einerticket vorschlagen, aber das kann unberechenbare Spiele oder Taktiken auf den Plan rufen. Dieses Risiko scheint mir zu unwägbarm!», sagt die FDP-Frauenpräsidentin.

## Gefunden: Herr Winkelried

Wer gibt der Favoritin also Flankenschutz? Die FDP-Frauenpräsidentin Fiala ist der Ansicht, dass notfalls ein Mann in die Lücke springen könnte. Hans-Peter Portmann, homosexueller Nationalrat aus Zürich, der von der FDP Horgen bereits zuhänden der Kantonalpartei empfohlen wurde. «Eine überraschende Variante scheint mir, Hans-Peter Portmann als zweiten Kandidaten neben Karin Keller-Sutter zu nominieren», sagt Fiala. «Das würde die Haltung der FDP als fortschrittliche und moderne Partei jedenfalls dokumentieren, nachdem er einen geouteten Vertreter der LGTB-Community darstellt. Das verdient besonderen Respekt». In Fialas Lesart wäre Portmann also wohl der Winkelried.

Klar ist, dass noch nichts klar ist. «Am Schluss», sagt eine FDP-Politikerin, «wird sich Doris Fiala selbst als Kandidatin neben Karin Keller-Sutter opfern müssen.»

## Energiesparkampagne

«Projekt schnellstmöglich stoppen»

VON SVEN ALTERMATT

Um die Energiewende anzukurbeln, scheint dem Bund kein Aufwand zu teuer. Zu der staatlichen Aufklärung gehört die Energy Challenge, die mit aufwendig inszenierten Ständen durchs Land tourt. Die Aktion ist Teil von Energie Schweiz, einem Programm des Bundesamts für Energie (BFE). Recherchen der «Nordwestschweiz» offenbarten kürzlich Ungereimtheiten: 2016 orchestrierte die Zürcher Kreativ-Agentur Aroma Productions AG im Auftrag des BFE die Energy Challenge. Die Energiesparkampagne war ursprünglich auf ein Jahr befristet, ohne Option auf Verlängerung. Das Mandat wurde vorschriftsmässig in einer öffentlichen Ausschreibung vergeben, das Volumen belief sich damals auf 2,2 Millionen Franken.

Doch die Energy Challenge läuft noch immer. Das BFE führt sie in offiziellen Papieren denn auch als Dachkampagne von Energie Schweiz auf. Einem Wettbewerb für den Auftrag musste sich die Agentur nicht mehr stellen. Der Trick: Das BFE überwies ihr 2017 und 2018 Millionenbeträge in der Form von Subventionen - viermal mehr Geld als in der Ausschreibung seinerzeit vorgesehen. Konfrontiert mit den Recherchen, rechtfertigte das BFE den Kniff mit der Erklärung, dass die Agentur selbst um die Subventionen gebeten habe. Demnach ist die Energy Challenge nun formell ein Projekt der Firma.

Das sorgt bei den Energie-Spezialisten der SVP im Bundeshaus für Kopfschütteln. Die Nationalräte Hansjörg Knecht (AG) und Christian Imark (SO) fordern politische Konsequenzen. In drei Vorstössen, die sie zur Energy Challenge im Parlament eingereicht haben, sprechen sie von «fragwürdigen Zuständen» und «dubiosen Beschaffungen». Das Projekt sei «schnellstmöglich zu stoppen», verlangt Knecht. «Es war nie gedacht, dass dermassen viele Mittel in dieses Projekt fliessen.» Zudem gebe es «berechtigte Bedenken, was die Ausschreibungspraxis angeht».

29,6 Millionen Franken wurden für die Energy Challenge seit 2016 aufgewendet, wie Berechnungen zeigen. 17,6 Millionen stammten von privaten Sponsoren wie dem Versicherer Axa und dem Autobauer Volvo, 12 Millionen aus Bundesmitteln. SVP-Nationalrat Imark will vom Bundesrat nun genau wissen, in welchem Ausmass Steuergelder - zuerst nach beschaffungsrechtlichen Vorgaben und später in der Form von Subventionen - in die Energy Challenge gesteckt worden sind.



Hansjörg Knecht



Christian Imark



# Christoph Mörgeli wehrt sich gegen Vorwürfe

**Justiz** Der einstige Zürcher SVP-Nationalrat fordert die Einstellung eines Strafverfahrens gegen ihn wegen übler Nachrede.

VON KARI KÄLIN

In einem Tweet vom 6. Januar 2015 hat Christoph Mörgeli Jolanda Spiess-Hegglin als «Falschbeschuldigerin» bezeichnet. Der frühere SVP-Nationalrat bezog sich auf die Vorkommnisse an der Landammannfeier 2014.

Spiess-Hegglin hat am 5. Juni dieses Jahres bei der Staatsanwaltschaft See/Oberland einen Strafantrag gegen Mörgeli eingereicht (CH Media von ges-

tern). Die ehemalige Zuger Kantonsrätin wirft ihm üble Nachrede vor. Auf Twitter schrieb sie im Juni, sie sei auf der Suche nach einem alten Tweet auf jenen von Mörgeli gestossen.

Jetzt wehrt sich Mörgeli gegen die Anschuldigungen. Gestern forderte er die Staatsanwaltschaft per E-Mail auf, das Strafverfahren gegen ihn einzustellen. Zudem verlangt er, die Staatsanwaltschaft solle Spiess-Hegglin befragen, wann sie Kenntnis von seinem Tweet erhalten hat. Dieser Zeitpunkt ist nämlich entscheidend. Bei übler Nachrede und Verleumdung handelt es sich um Antragsdelikte. Sprich: das Opfer muss einen Antrag stellen, damit die Justizbehörden ermitteln. Das Recht darauf endet drei Monate nachdem das Opfer erfahren hat, wer

der mutmassliche Täter ist. Spiess-Hegglin hat Mörgeli aber erst dreieinhalb Jahre nach dessen Tweet angezeigt.

«Ich kann belegen, dass Spiess-Hegglin kurz nach meinem Tweet auf Twitter reagiert hat», sagt Mörgeli. Ins gleiche Horn stösst Claudio Schmid. Der Zürcher SVP-Kantonsrat twitterte gestern, Spiess-Hegglin habe den Tweet gekannt, behaupte aber, nichts davon gewusst zu haben. «Würde hier gerade die Justiz irreführt?», fragt Schmid. Als Beleg führte er Reaktionen von mehreren Twitter-Nutzern an, die Mörgeli für seine Aussage gegen Spiess-Hegglin kritisiert hatten. Die Angeschossene markierte diese Tweets mit einem «Gefällt mir». Schmid: «Spiess-Hegglin kann sich schwerlich auf den Stand-

punkt stellen, dass sie Mörgelis Kurznachricht vom Januar 2015 erst im vergangenen Juni gesehen hat.»

## Immer mehr Ehrverletzungsklagen

Jolanda Spiess-Hegglin ihrerseits kontert die Vorwürfe aus den Reihen der SVP. «Man versucht abermals, aus einer Betroffenen eine Täterin zu machen.» Selbst wenn sie einen Antwort-Tweet auf Mörgelis Kurznachricht bereits im Januar 2015 und nicht erst im Frühling 2018 mit «Gefällt mir» markiert hätte, heisse das nicht, dass sie auch Mörgelis Tweet schon damals entdeckt habe, da sie ihm auf Twitter nicht folge. «Damals wurde ich täglich mit Hunderten verletzenden Kommentaren eingedeckt, es war für mich unmöglich, jeden einzel-

nen Tweet zu lesen.» Ausserdem reiche sie nicht leichtfertig Strafanträge ein.

Die Staatsanwaltschaft kläre derzeit unter anderem ab, wann Spiess-Hegglin Kenntnis vom Tweet genommen habe, so eine Sprecherin. Die zuständige Staatsanwältin wisse auch Bescheid über die Einwände Claudio Schmid. Der Zürcher SVP-Kantonsrat sagt, es gehe ihm in diesem Fall gar nicht um die involvierten Personen, sondern «um das Grundproblem, dass die steigende Zahl von Ehrverletzungsklagen den Zürcher Justizapparat lähmt». Es dürfe nicht sein, dass die Justiz nach verpassten Fristen aktiv werde. Schmid verlangt darum in einem politischen Vorstoss, dass bei einer Strafklage wegen Ehrverletzungsdelikten eine Kautions hinterlegt werden muss.